

**HESSISCHER LANDTAG**

02.06.2009

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

**Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/409 zu Drucksache 18/281**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten
Buchungskreis: 2450

Produktnummer lt. Leistungsplan 2

Bezeichnung lt. Leistungsplan Jugendvollzug

	von	Veränderung um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Leistungsplan:			
Gesamtkosten	31.534,3	0,0	31.534,3

Sonstige Veränderungen:

Das Produktblatt wird wie folgt geändert.

Unter Punkt 6 *Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr* wird der letzte Absatz gestrichen.

Stattdessen wird eingefügt:

„Statt dem Bau neuer Arrestplätze in Gelnhausen (Ansatz 1,5 Mio EUR) werden die dafür vorgesehenen Mittel wie folgt eingesetzt:

- 500.000 EUR für ein Projekt „Gewalt ist keine Lösung“ zu verausgaben in 2009.
- 1.000.000 EUR für die Schaffung von weiteren Plätzen des offenen Jugendvollzugs in räumlicher Trennung vom Erwachsenenvollzug, davon 500.000 EUR zu verausgaben in 2009 und 500.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung für 2010.“

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Statt der im Haushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro für 24 weitere Arrestplätze sollen finanzielle Mittel für präventive Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Nach einhelliger Meinung aller Fachleute reichen die Arrestplätze in Gelnhausen und Friedberg aus, während die Prävention nur auf Sparflamme läuft.

Durch präventive Maßnahmen kann die Wiedereingliederung von Jugendlichen in ein straffreies Leben und damit die Sicherheit anderer vor weiteren Straftaten erreicht werden. Die in der „Operation Düstere Zukunft“ gestrichenen Mittel für sozialpädagogische oder ambulante Hilfen für straffällig gewordene Jugendliche wie Anti-Gewalt-Seminare haben zu langen Wartezeiten bei pädagogischen oder unterstützenden Maßnahmen geführt. Dieser Missstand soll mit dem

veränderten Mitteleinsatz behoben werden.

Wiesbaden, 25.05.2009

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir